

Europäische Union | 05.06.2024 | Lesezeit 2 Min.

Dexit: Teurer Ausstieg aus der Staatengemeinschaft

Die AfD spricht sich in ihrem Programm zur Europawahl 2024 für einen EU-Austritt Deutschlands aus. Welche eklatanten ökonomischen Folgen ein solcher Dexit hätte, hat nun das IW berechnet.

Autonomie, neue Handelsabkommen, keine Beitragszahlungen an die EU, eine prosperierende Wirtschaft: Mit diesen Aussichten warben die Brexiteers für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der europäischen Staatengemeinschaft. Mit Erfolg, denn im Referendum im Jahr 2016 sprach sich eine knappe Mehrheit der Briten für die Ablösung von der EU aus. Anfang 2020 verließ das Vereinigte Königreich den Staatenverbund. Von den vielen Versprechungen ist allerdings kaum etwas übrig geblieben. Abgesehen von zwei neuen Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland, die wirtschaftlich keine nennenswerten positiven Auswirkungen haben, fügte der Brexit dem Land erheblichen Schaden zu:

Die reale Bruttowertschöpfung des Vereinigten Königreichs ist laut einer aktuellen britischen Studie seit dem Referendum bereits bis 2023 um schätzungsweise rund 6 Prozent niedriger ausgefallen als ohne einen Brexit.

Langfristig gehen die Experten von einem ökonomischen Schaden von mehr als 10 Prozent aus.

Hätte Deutschland sich im Jahr 2016 für einen Dexit

entschieden, wäre die Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik fünf Jahre nach der Austrittsentscheidung um insgesamt 690 Milliarden Euro geringer ausgefallen, als sie tatsächlich war.

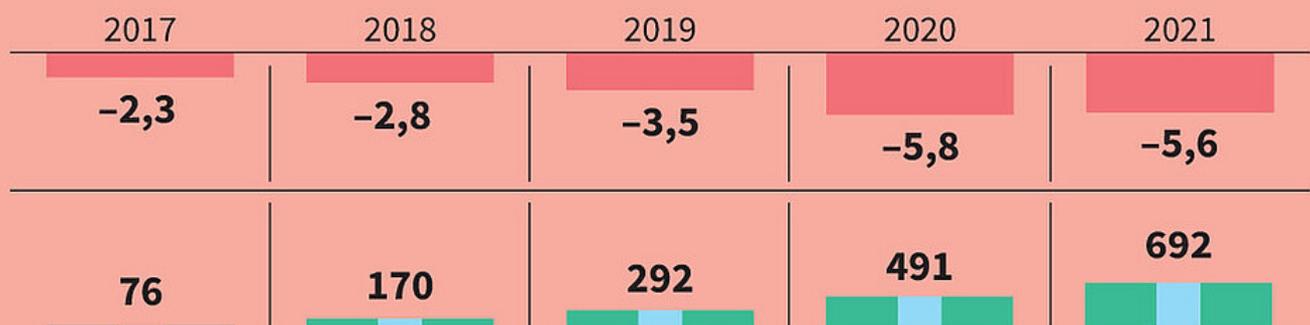
Obwohl der erhebliche Wohlstandsverlust durch einen EU-Austritt damit faktensicher dokumentiert ist, hat die AfD die Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus dem Europäischen Währungsraum und der EU in ihr Programm zur Europawahl 2024 aufgenommen. Mit welchen Kosten ein solcher Austritt Deutschlands analog zum Brexit verbunden wäre, hat nun das IW ermittelt. Um möglichst realistische Werte zu erhalten, haben die Forscher das an den Brexit angelehnte simulierte Austrittsgeschehen in die Vergangenheit gelegt – betrachtet werden wie beim Brexit die Jahre 2016 bis 2021. Ein Dexit hätte demnach eine schwere ökonomische Krise und damit einen nachhaltigen Wohlstandsverlust der Bevölkerung verursacht (Grafik):

Hätte Deutschland sich im Jahr 2016 für einen Dexit entschieden, wäre die Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik im fünften Jahr nach der Austrittsentscheidung um schätzungsweise 5,6 Prozent geringer ausgefallen, als sie tatsächlich war.

Dexit: Ein Verlustgeschäft

Um so viel Prozent wäre das Bruttoinlandsprodukt (BIP) geringer ausgefallen, als es tatsächlich war, wenn 2016 ein Austritt Deutschlands aus der EU beschlossen worden wäre

■ Kumulierter BIP-Verlust in Milliarden Euro



IW-Simulation eines Dexit analog zum Brexit, der 2016 infolge eines Referendums beschlossen und Anfang 2020 vollzogen wurde

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Das entspricht allein für 2021 einem Minus von rund 200 Milliarden Euro. Für alle fünf Jahre zusammengerechnet hätte sich das verloren gegangene Bruttoinlandsprodukt Deutschlands auf 690 Milliarden Euro summiert. Auch wenn sich diese Simulation auf die bisherige Erfahrung mit dem Brexit bezieht – die IW-Forscher gehen davon aus, dass die Kosten eines zukünftigen Dexit mindestens in ähnlicher Höhe zu veranschlagen sind.

Kernaussagen in Kürze:

- Ein Dexit – also ein Austritt Deutschlands aus der EU – hätte ähnlich wie beim Vereinigten Königreich eine schwere ökonomische Krise und damit einen nachhaltigen Wohlstandsverlust der Bevölkerung verursacht.
- Laut IW-Simulation wäre die Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik im fünften Jahr nach der Austrittsentscheidung um schätzungsweise 5,6 Prozent geringer ausgefallen.
- Für fünf Jahre zusammengerechnet hätte sich das verloren gegangene Bruttoinlandsprodukt Deutschlands auf 690 Milliarden Euro summiert.